

## Pressemitteilung

der Kulturpolitischen Gesellschaft, Landesgruppe Bayern

August 2013

# Wahlprüfsteine der Kulturpolitischen Gesellschaft (Landesgruppe Bayern) zur Landtagswahl 2013:

## Fragen zur Kulturpolitik an die Bayerischen Parteien

Engagierte Verteidigung der bisherigen Kulturpolitik, harsche Kritik und neue Akzente - die bayerischen Parteien formulierten auf Anfrage der Kulturpolitischen Gesellschaft (KuPoGe, Landesgruppe Bayern) ihre kulturpolitischen Statements für die Landtagswahl 2013.

Der Bereich „Kunst und Kultur“ ist ein Kernbereich des Föderalismus in Deutschland. Deshalb sollte aus Sicht der Kulturpolitischen Gesellschaft die bayerische Kulturpolitik auch eine gewichtige Rolle im Landtagswahlkampf spielen. In vielen Bereichen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Parteien ausmachen.

Zum fünften Mal nach 1994, 1998, 2003 und 2008 hat die KuPoGe (Landesgruppe Bayern) einen Katalog mit 20 kulturpolitischen Fragen an die bayerischen Parteien geschickt – und CSU, SPD, Grüne/Bündnis 90, Freie Wähler, FDP, Linke und Piraten antworteten detailliert. Im Folgenden sind einige Kernaussagen zusammengefasst.

Die verschiedenen Parteiprofile sind bei der Frage nach den **drei wichtigsten kulturpolitischen Vorhaben** (Frage 8) für die nächste Legislaturperiode sehr deutlich zu sehen:

Für die CSU ist es das Museum für bayerische Geschichte in Regensburg, das sog. „bayerische Kulturkonzepte“ mit den Leuchtturmprojekten in den Regierungsbezirken und mit den noch nicht spezifizierten Maßnahmen der Breitenwirkung. Koalitionspartner (und Ministerpartei) FDP nennt allgemein die Förderung der Kulturinstitutionen in allen Regionen Bayerns, die Konzertsaalsituation in München und Nürnberg sowie den Ausbau der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Oppositionsparteien dagegen fordern eine Enquetekommission Kultur im Landtag, setzen auf die Förderung der kulturellen Bildung und die Förderung der Landesvereinigung Kulturelle Bildung (SPD) bzw. streben einen Kulturentwicklungsplan, weitergehende kulturelle Teilhabe und das Angehen des Sanierungs- und Investitionsstaus bei Kultureinrichtungen in Bayern (Grüne). Die Freien Wählern fordern eine Neustrukturierung der Kulturförderung in Bayern mit dezentralen Beratungsstellen und größtmöglicher Transparenz. Die Linke steht für die Entwicklung eines bayerischen Kulturkonzepts, die Verbesserung der Lebenssituation von Künstler/-innen und Denkmalschutz vor allem in kleinen Kommunen; die Piraten plädieren für Digitalisierung von bayerischem Kulturgut, digitale Bibliotheken und die Anerkennung von digitalen Spielen als Kulturgut.

Bei den Fragen zu **aktuellen Themen der bayerischen Kulturpolitik** (Fragen 1-7) fallen die Bewertungen ebenfalls sehr unterschiedlich aus.

CSU und FDP sprechen sich für den **Konzertsaal** (1) in München und Nürnberg (in Abhängigkeit von der Machbarkeitsstudie) aus, die SPD ist gegen den Münchner Saal, die Grünen sehen die Säle eigentlich positiv (halten aber das Vorgehen der Staatsregierung für „dilettantisch und unprofessionell“) und erachten wie die Freien die Finanzierung als nicht gesichert.

Das „**Kulturkonzept**“ (2) mit „Leuchttürmen“ pro Regierungsbezirk, das die Staatsregierung Ende 2012 vorgestellt hat, wird von der Opposition (SPD, Grüne, Freie, auch Linke und Piraten) einhellig kritisiert, und zwar als als konzeptlos (Grüne: „Armutzeugnis“) und im Entscheidungsprozess intransparent. CSU und FDP sehen naturgemäß das von ihnen vorgestellte Konzept mit seinen Museumsprojekten in jedem Regierungsbezirk als „zentralen Impuls der 16. Legislaturperiode“ (CSU) und verweisen auf eine zweite Säule mit der Förderung kleinerer Projekte und Strukturen.

Die „spontane“ Unterstützung der **Herrenchiemsee-Festspiele** (3) von Enoch zu Guttenberg durch die

bayerische Staatsregierung (mit 1,6 Mio. Euro) verteidigen CSU und FDP – letztere mit dem Verweis, dass der Intendant aus privaten Mitteln eine Akademie für junge Musiker gründen will – als Notmaßnahme, die anderen Parteien „sehen für die Förderung keine Grundlage“ (SPD), wobei die Grünen auf die Willkürlichkeit einer solchen Förderung hinweisen und die Piraten die hohen öffentlichen Subventionen bei einer Veranstaltung mit Kartenpreisen ab „knapp unter 50 Euro“ kritisieren.

Auch bei den Fragen (4-6) zu den **Bayreuther Festspielen** (Rechtsform und Finanzierung), Findungskommissionen bei **Intendantenbesetzungen** und zum Konzept des künftigen **Museums für bayerische Geschichte** in Regensburg stehen sich konträre Positionen und durchaus differenzierte Argumente gegenüber.

Ebenso gibt es Befürworter und Gegner einer **Enquetekommission** „Kultur in Bayern“ und eines **Landesentwicklungsplans Kultur** (7): Die Oppositionsparteien SPD, Grüne, Freie („Die reiche Kulturlandschaft Bayerns [eignet sich] ausgezeichnet für eine Enquetekommission“) auf der einen, und die Regierungsparteien CSU und FDP andererseits. Letztere sehen in darin eine Verplanung von Kunst und Kultur durch den Staat.

Bei den Fragen zur **Landeskulturpolitik insgesamt** (Fragen 9-11) verteidigen CSU und FDP die **Öffentlichkeit und Transparenz** (9) der Entscheidungsprozesse (z.B. beim Kulturfonds), während die anderen Parteien „klarere Leitlinien“ (Grüne), die Evaluation der bisherigen Förderpraxis (SPD) oder regionale Beratung und Förderung (Freie) vermissen und sehr deutliche Kritik üben.

Bei den Fragen zu einer besonderen kulturellen Verantwortung gegenüber **kleineren Kommunen und Landkreisen** (9) sind sich alle Parteien einig im Lob der Vielfalt und Qualität der bayerischen Kulturschaffenden: „Eine vielfältige Kultur der Regionen ... entspricht am ehesten dem Ideal einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft“ (Grüne), setzen aber unterschiedlich Akzente beim weiteren Umgang damit: „Bayern braucht Konzepte ... für Großstädte und für den ländlichen Raum“ (SPD), Unterstützung der kommunalen (Kultur-)Finanzen (Freie) usw.

Bei der Förderung von **Vernetzungsstrukturen** (19), z.B. in den Bereichen kulturelle Bildung, Soziokultur, kommunale Kultur, steht die CSU einer „dauerhaften institutionellen Förderung ... zurückhaltend gegenüber“, die FDP und die Freien wollen das Thema in der nächsten Legislaturperiode ergebnisoffen diskutieren. Die SPD hat bereits in der Vergangenheit mehrfach konkrete Anträge diesbezüglich gestellt, die Grünen unterstützen eine Förderung ebenso wie Linke und Piraten.

Bei den Fragen zur **Kulturellen Bildung** (Fragen 11-14) gibt es zwischen den Parteien inzwischen keine großen Unterschiede in der verbalen (hohen) Wertschätzung der kulturellen Bildung und der kulturellen Teilhabe mehr.

Die SPD legt im Sinne eines ganzheitlichen Bildungskonzepts die Schwerpunkte auf Ganztagschule und Förderung der Infrastrukturen im Kulturbereich. Die Grünen betonen beispielhaft den Ausbau interkultureller Kulturpädagogik, die CSU setzt auf die vielen Einrichtungen und Angebote, die bereits kulturpädagogische Angebote machen, die FDP erlaubt sich hier sogar ein Wort der Kritik an der Regierungsarbeit („Die rigide Abgrenzung der verschiedenen zuständigen Ressorts ... wollen wir weiter abbauen“), die Piraten machen bei der Zusammenarbeit Schule und Kultur den originellen Vorschlag, außerschulische Projekte als schulische Leistungen anzuerkennen. SPD und Linke befürworten es auch, feste Finanzanteile der großen staatlichen Einrichtungen für kulturelle Bildung zu reservieren.

Auch die Aspekte der **Kultur- und Kreativwirtschaft** (Fragen 15-17) sind den bayerischen Parteien ausgesprochen wichtig. Die Grünen haben bereits viele Landtags-Initiativen ergriffen; die SPD listet einen ausführlichen und expliziten Forderungskatalog auf – beide sehen, wie auch die Piraten und die Linke, im Mittelpunkt ihrer Anstrengungen den in prekären Lebenssituation stehenden einzelnen Künstler oder Kreativen. Die CSU nähert sich dem Thema eher aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive hinsichtlich des Gesamtanteils des Wirtschaftsbereichs und setzt u.a. auf das geplante „Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft“ in Nürnberg (wie auch die FDP).

**Kulturelle Teilhabe** als Zukunftsaufgabe war Gegenstand der Fragen 18-20.

Die Partei von Minister Wolfgang Heubisch, die FDP, überrascht bei der Frage nach dem Kulturzugang für **sozial Schwächere** (18) mit dem Vorschlag, den Eintritt für die staatlichen Museen komplett zu streichen – während die CSU noch den ermäßigten Eintritt als erfolgreiche Maßnahme lobt. SPD und Grüne setzen

konsequent auf die Verankerung kultureller Teilhabe in den Regeleinrichtungen Kindergärten und Schulen, um alle Kinder zu erreichen. Die Freien setzen auf die Bemühungen der Kultureinrichtungen, die Linke auf Verbesserungen der Lebenslagen im Allgemeinen, die Piraten auf Digitalisierung. **Migration und Diversity** (19) werden ebenfalls von allen Parteien – in unterschiedlicher Ausprägung – als wichtiges kulturpolitisches Austragungsfeld akzeptiert.

Das **Ehrenamt** in der Kultur (20) genießt durchgehend hohe Wertschätzung, die Vorschläge der Parteien gehen aber wenig über bereits bekannte und vorhandene Formen der Engagementförderung hinaus. Die SPD will eine verbesserte Finanzierung für die kommunalen Aktivitäten, Grüne und Freie wollen das Engagement von Schüler/-innen und Studierenden stärken, die Piraten ein Portal für die Ehrenamtsvermittlung schaffen.

Unter Berücksichtigung aller Antworten der jeweiligen Parteien stellt die Kulturpolitische Gesellschaft Bayern Folgendes fest:

Die **CSU** ist wesentlich deutlicher als bei den früheren Befragungen bemüht, ihre Positionen – wie sie im konkreten Regierungshandeln zum Ausdruck kommen – ausführlich und substantiell zu begründen, erstmals sogar mit Vergleichen mit anderen Bundesländern. Neue Vorschläge für die nächsten fünf Jahre, die über das bisher schon Angekündigte hinausgehen, sind kaum herauszulesen. Zum Schmunzeln ist das Lob der CSU für das Landtagshearing im November 2011 zu den vom Ministerium vorgelegten „Leitlinien bayrischer Kulturpolitik“ – an dem die Staatsregierung praktisch nicht teilnahm...

Koalitionspartner und Ministerpartei **FDP** hat zwei schwierige Spagat-Situationen zu meistern: Der liberalen Parteirhetorik vom freien Bürger und einer reduzierten Staatsrolle steht im Konkreten eine ausnahmslose Unterstützung der staatlichen Maßnahmen der letzten Jahre gegenüber, die – wie schon in den letzten Jahrzehnten – etatistisch-intransparent gefällt wurden. Und außerdem muss sich die FDP an ihren Aussagen von 2008 messen lassen, als sie bei den damaligen Wahlprüfsteinen – noch nicht in Parlament und Regierung – durchaus andere Positionen vertrat, als sie sie in den letzten fünf Jahren Regierungszeit umsetzte.

Die **SPD** antwortet klar und kurz (manchmal nur mit „Ja!“) und stellt sich dezidiert auf die Seite vieler Vorhaben, die kulturpolitisch schon länger diskutiert werden und von Vorbildern in anderen Bundesländern inspiriert sind. Echte Leidenschaft kommt vor allem bei den bildungspolitisch begründeten Antworten auf. Die **Grünen** sind, wie auch die SPD, im Landtag in den letzten Jahren mit Anfragen und Anträgen sehr präsent gewesen und legen Schwerpunkte auf der von ihnen harsch kritisierten Intransparenz der Kulturpolitik in Bayern („Gutsherrenart“), auf verbesserte konzeptionelle Grundlagen der Entscheidungsfindung und auf ihre Akzente beim Thema Kultur- und Kreativwirtschaft.

Die **Freien Wähler**, die bei der Befragung 2008 noch nicht geantwortet hatten, sind klar in ihrer Kritik am Regierungshandeln und klar in ihrem Vorzug für die Kommune als Handlungsebene – ohne das Land aus seiner (kultur-)politischen Verantwortung zu entlassen.

Die nicht im Landtag vertretenen Parteien, **Die Linke** und die **Piraten**, überraschen mit substantiellen Beiträgen in allen Themenbereichen und fokussieren sich auf ihre Stammthemen Sozialpolitik und Digitalisierung.

**Die Pressemitteilung und die kompletten Antworten der Parteien sind im Internet zu finden unter <http://www.kupoge.de/regionalgruppen/bayern.html>**

*Anfrage bei den Parteien im Juni 2013. Redaktionsschluss Anfang Juli 2013.  
Zusammenstellung im August 2013.*

*Redaktion: Dr. Uli Glaser  
(Ehrenamtlicher Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft, Landesgruppe Bayern)  
Ihlestraße 9, 90427 Nürnberg, T. 0911-231 3326 (d), [uli.glaser@stadt.nuernberg.de](mailto:uli.glaser@stadt.nuernberg.de)*